



0 EURO FÜR DEN KLIMASCHUTZ?

22.11.2010 Fachinformation

Wer soll das bezahlen? Diese Frage spielt in der öffentlichen Diskussion um den Umfang von Klimaschutz-Aktivitäten im Gebäudebestand eine nicht unwesentliche Rolle. Wissenschaftler des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung haben nun ein Verfahren entwickelt, mit dem die reale Bereitschaft gemessen werden kann, eigenes Geld für die Vermeidung von CO₂ einzusetzen. In der Regel zeichnen Meinungsumfragen zur Zahlungsbereitschaft für Klimaschutzmaßnahmen ein pessimistisches Bild: Nur wenige scheinen bereit, zum Wohl der Umwelt beispielsweise höhere Steuern oder Einschränkungen ihres persönlichen Lebensstils zu akzeptieren. Umfragen, die doch zu einem positiven Ergebnis kommen, zeichnen zudem ein sehr unterschiedliches Bild: Die gemessene Zahlungsbereitschaft zur Vermeidung einer Tonne CO₂ liegt – je nach Autor, Befragungsteilnehmer und Umfrage-Design – zwischen 25 und 500 Euro. Ein Teil des Problems: Vom öffentlichen Gut "Klimaschutz" profitieren alle – unabhängig davon, ob sie zuvor dafür gezahlt haben oder nicht. Ein typisches Trittbrettfahrer-Problem also. Am Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) haben Andreas Löschel, Bodo Sturm und Dr. Carsten Vogt – Letzterer ist Professor für Struktur- und Entwicklungspolitik an der Hochschule Bochum – nun ein Experiment entwickelt, mit dessen Hilfe die Zahlungsbereitschaft in einem Kontext gemessen werden kann, in dem die Probanden tatsächlich eigenes Geld für die Vermeidung von CO₂ einsetzen können. Es basiert auf dem in der EU seit 2005 üblichen börsenmäßigen Handel mit Emissionsrechten für Kohlendioxid. Studiendesign: 40 Euro für den Klimaschutz? In der Studie erhielten rund 200 Probanden jeweils 40 Euro als Aufwandsentschädigung für ihre Teilnahme. Während des Experiments wurden sie über zentrale Folgen des Klimawandels und über die Funktionsweise des Handels mit CO₂-Emissionsrechten informiert. Anschließend wurde ihnen angeboten, die zuvor ausgehändigten 40 Euro zum Kauf von CO₂-Emissionsrechten einzusetzen und dadurch einen aktiven Beitrag zur Reduzierung des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes in Europa zu leisten. Dabei wurden ihnen fünf zufällig ausgewählte Preise präsentiert, verbunden mit der Frage, wie viele CO₂-Zertifikate sie zu diesem Preis zu kaufen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Im Durchschnitt betrug die Zahlungsbereitschaft der Probanden für die Vermeidung einer Tonne Kohlendioxid rund 12 Euro – nach Angaben der Forscher der niedrigste, bisher in derartigen Studien gemessene Wert. Er bestätigt die Vermutung, dass Menschen nur so lange – theoretisch – bereit sind, für den Klimaschutz zu zahlen, wie sie nicht reales Geld auf einen realen Tisch legen müssen. Besonders erschreckend: Gut 60 Prozent der Teilnehmer waren überhaupt nicht bereit, Geld für die Vermeidung von CO₂ zu investieren. Das Fazit der Forscher: Für eine substanzielle und kostspielige Klimaschutzpolitik besteht letztlich keine politische Mehrheit. "Beachten muss man zudem, dass dieses Resultat mit einer deutschen Stichprobe erzielt wurde", erläutert Dr. Carsten Vogt: "Immerhin ist Deutschland ein Land, in dem der Klimawandel seit langem große Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung genießt. Die deutsche Öffentlichkeit ist im internationalen Vergleich eher besorgt über die Folgen der Erderwärmung. Außerdem sind die Einkommen in Deutschland relativ hoch und ein höheres Einkommen geht im Allgemeinen mit einer höheren Nachfrage nach Umweltschutz einher." Vor allem im internationalen Kontext sieht Vogt auf Basis dieses Ergebnisses schwarz: "Wenn selbst in einem Land wie Deutschland die Zahlungsbereitschaft eher gering ist, wie soll dann Chinesen und Indern in einem Kyoto-Folgeabkommen die Übernahme eigener kostspieliger Minderungspflichten zulasten von weiterem wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung schmackhaft gemacht werden?" Die Einbeziehung wichtiger Schwellenländer sei aber unverzichtbar für das Ziel, die weltweiten CO₂-Emissionen spürbar zu verringern. Die komplette Studie in englischer Sprache kann kostenfrei im Internetangebot des ZEW abgerufen werden: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp10068.pdf>.

